

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 225 A einschließlich
Bringelohn. Wegen Postbezug höheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Hochheimer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Colonnen und deren Raum 60 A.
Reklameweile 200 A.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filialredaktion in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 32 Donnerstag, den 17 März 1921. 15 Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 182.
Der Gesamtvorstand der R.-V.-M. Hessen-Rassau in Kassel hat in seiner Sitzung am 9. d. M. beschlossen, vom 1. März ab sich an den Kosten für größere Hilfsmittel (künstliche Glieder, Geradestützer, orthopädische Schuhe und ähnliche) nur noch mit zwei Schilling der Kosten zu beteiligen, die nach Abzug des von dem Versicherten selbst zu tragenden Kostenanteils verbleiben.

Wenn also z. B. ein Kunstbein 750 Mark kostet und der Versicherte selbst 150 Mark beisteuert, würde die Landesversicherungsanstalt 200 Mark tragen. Der Betrag des Vorstands findet auf alle vom 1. März d. J. ab gestellten Anträge Anwendung.

Der Grund für die Herabsetzung unserer Zuschüsse ist der, daß die Kosten derartiger Hilfsmittel ganz außerordentlich gestiegen sind und daß die in diesem Verhältnis zu der Beitragszahlung gemessene Rentierlast der Landesversicherungsanstalt eine weitere Steigerung der Ausgaben für Heilverfahren völlig ausschließt.

Auf Beteiligung der Versicherten selbst an den Kosten soll grundsätzlich nicht mehr verzichtet werden. Dies Vorhaben erscheint deshalb geboten, weil die Versicherten infolge ihrer Beteiligung an den Ausgaben dann ganz zweifellos das Kunstbein oder die sonstige Vorrichtung, die ihnen geliefert ist, viel pflichtvoller behandeln, als wenn die Lieferung ganz umsonst erfolgt.

Den künftigen Beiträgen auf Übernahme der zwei Schilling der Kosten werden wir neben dem ursprünglichen Gutachten, dem Kostenanschlag und der Quittungsliste der Versicherten für die Höhe auch einen Vorschlag über die Verteilung der Kosten beifügen. Vor Weitergabe an uns erlauben wir, sich auch zu vergewissern, daß die Beitragszahlung zur Tragung der vorgeschlagenen Kostenanteile bereit ist. Eine derartige Vorbereitung der Beiträge würde unsere Entscheidung sehr beschleunigen und auch keine Wehrkraft für die Versicherungsämter bedeuten, da spätere Rückfragen doch von ihnen erledigt werden müssen. Die Erklärung des Versicherten über seine Beteiligung an den Kosten, erlauben wir von ihm unterschreiben zu lassen. Auch wird es sich empfehlen, die Erklärungen der Beteiligten wegen Tragung der Kosten nicht von einem bestimmten Betrag lauten, sondern einen gewissen Spielraum zu lassen, da es nicht selten vorkommt, daß nach Aufstellung des Kostenanschlages eine Verteuerung eintritt, sei es infolge Preissteigerung des Materials und Erhöhung der Löhne oder infolge einer vom Obergutachter vorgeschlagenen anderen Ausführung. Es kann aber auch durch einfachere Ausführung eine Verbilligung eintreten.

Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß für die Bemessung unserer Zuschüsse nur solche Vorrichtungen in Frage kommen, deren Beschaffung sich wirklich als ein Heilverfahren darstellt und die geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit des Antragstellers für längere Zeit zu sichern oder wieder herzustellen. Das heißt, es müssen die allgemeinen Voraussetzungen der §§ 1269, 1305 der Reichsversicherungsordnung erfüllt sein. Ob dies der Fall ist, wird vor allem bei den Bemessungen von Zuschüssen zu den Kosten besonderer Schuhe zu prüfen sein. Denn handelt es sich beispielsweise nur darum, einen der Schuhe oder einen Teil zum Ausgleich einer geringen Beinverfälschung mit einer Einlage oder einer erhöhten Sohle zu versehen, eine von jedem künftigen Schuhmacher auszuführende Arbeit, so besteht für die Landesversicherungsanstalt keine gezielte Möglichkeit, sich an den Kosten zu beteiligen. In den Fällen aber, in denen die Schuhe tatsächlich ein orthopädisches Hilfsmittel darstellen, wird grundsätzlich zu fordern sein, daß der Versicherte die Kosten für ein Paar gewöhnliche Stiefel beisteuert, da er diese Ausgaben ja sonst auch tragen müßte.

Am übrigen sind die Beiträge genau so wie die anderen Beiträge auf Übernahme des Heilverfahrens zu behandeln. Wir erlauben daher, sie aus dem üblichen Bordruck auszunehmen und sie als Einlagen hierher abzugeben.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, Anträge unter Beachtung vorstehender Bestimmungen nach dem vorgeschriebenen Formular über die Einleitung eines Heilverfahrens beschleunigt hierher zur Vorlage zu bringen.

Wiesbaden, den 14. März 1921.

Versicherungsamt für den Landkreis Wiesbaden.

Nr. 183.
Diejenigen Gemeinden, die mit der Einleitung der Ermittlung betreffend Auszahlung eines vorläufigen Anteils vom Gesamtschaden der Reichseinkommensteuer für 1920 an die Gemeinden, Verfügung vom 17. Februar 1921 A.-Nr. 11. 393/1, noch rückständig sind, werden hiermit an die sofortige Erledigung erinnert.

Rechnungsamt ist unbedingt erforderlich.

Wiesbaden, den 12. März 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

A.-Nr. II. 393/2. Schlitt.

Nr. 184.
Die Magistrats- und Herren Bürgermeister des Kreises, die noch mit der Erledigung der Verfügung vom 2. d. M. 1461, betr. Einreichung der Rechenschaft über die Vermögens- und Einnahme-Verhältnisse der Gemeinden, in Rückstand sind, werden hiermit an deren umgehende Erledigung erinnert.

Wiesbaden, den 15. März 1921.

Der Landrat.

A.-Nr. B. 1461.

Nr. 185.

Mitteilung über Brennspitzeln.

Die gezielte Brennspitzelnutzung läßt die Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen für den Bezug von Brennspitzeln und damit den Fortfall des bisherigen Bezugsmarkensystems zu.

In Zukunft kann deshalb jeder Verbraucher

seinen Bedarf an Brennspitzeln bei den bekannten Verkaufsstellen ohne Bezugsmarken decken.

Ich stelle ergebenst anheim, von dieser Neuordnung der öffentlichen Kreise durch eine entsprechende Veröffentlichung Kenntnis zu geben.

Die noch im Besitz der Kommunalverbände befindlichen Bezugsmarken sind alsbald an die Verwaltungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Brennspitzeln, Berlin 23. 9, Schellingstraße 14/15 zurückzugeben.

Ich benutze diese Gelegenheit gern, den Kommunalverbänden für ihre sachverständige Mitwirkung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Brennspitzeln meinen Dank auszusprechen.

Berlin 23. 9, den 8. März 1921.

Reichsmonopolamt für Brennspitzeln.

Steinkopf.

An sämtliche Kommunalverbände.

Vorstehende Mitteilung ist auf ordentliche Weise zur Kenntnis aller Gemeindeglieder zu bringen.

Wiesbaden, den 15. März 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

A.-Nr. II. 761/1. Schlitt.

Nr. 186.

Bekanntmachung.

Der Wahlausschuss des Wahlbezirks Wiesbaden-Land und Stadt hat gemäß § 22 der Wahlordnung für die Landwirtschafstammern vom 6. Januar 1921 den nachstehenden Wahlvorschlag für die am 20. d. Mts. stattfindenden Wahlen zur Landwirtschafstammer ausgestellt:

Kreiswahlvorschlag der Reichsbauernschaft Wiesbaden-Land u. St.

1. Erasmus Merens, Landwirt, Erbenheim.
2. Heinrich Merens, Land- und Gastwirt, Erbenheim.
3. Karl Schwebel, Gärtnerbesitzer, Schierstein.
4. Johann Anton Hirschmann, Weingutsbesitzer, Hochheim.

Wiesbaden, den 16. März 1921.

Der Wahlkommissionar.

Schlitt.

Nr. 187.

Bekanntmachung.

Die Wahlen für 1920 hat in den einzelnen Gemeinden des Landkreises Wiesbaden die nachstehende Ertragsliste ergeben:

1. Beringen	183.-
2. Biebig	2260.10
3. Biebig	1019.75
4. Brackenheim	285.25
5. Dellenheim	268.50
6. Dellenheim	512.80
7. Dellenheim	1306.60
8. Dellenheim	149.15
9. Erbenheim	322.-
10. Erbenheim	1644.50
11. Erbenheim	563.40
12. Erbenheim	35.95
13. Erbenheim	60.75
14. Erbenheim	1089.20
15. Erbenheim	309.20
16. Erbenheim	149.05
17. Erbenheim	123.25
18. Erbenheim	129.40
19. Erbenheim	405.25
20. Erbenheim	204.50
21. Erbenheim	211.-
22. Erbenheim	657.20
23. Erbenheim	408.-
24. Erbenheim	194.-
25. Erbenheim	209.45
26. Erbenheim	377.30
27. Erbenheim	122.25
Zusammen:	13150.60

Wiesbaden, den 14. März 1921.

Kreiswahlkommissionar.

A.-Nr. II. B. 3085/4. Schlitt.

Nr. 188.

Verordnung über die Abänderung der Wahlordnung

für die Landwirtschafstammern vom 6. Jan. 1921

(Gesetzblatt, S. 44). Vom 12. März 1921.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Landwirtschafstammern vom 30. Juni 1894 (R.-G.-Bl. S. 126) in der Fassung des Gesetzes vom 16. Dezember 1920 (R.-G.-Bl. S. 41) wird die Wahlordnung für die Landwirtschafstammern vom 6. Januar 1921 (R.-G.-Bl. S. 44) wie folgt geändert:

1. Der Absatz 2 des § 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung des Wahlvorstandes und seines Stellvertreters (§ 3 Abs. 1), die Bestimmung des Wahlrechts sowie Tag und Stunde der Wahlen sind von den Gemeindevorständen in ersichtlicher Weise festzusetzen. Als ersichtliche Bekanntmachung genügt die Veröffentlichung mittels Plakatschlags. Die Bekanntmachung soll spätestens am 5. Tage vor dem Wahltag erfolgen.

II. Hinter § 22 wird folgender neuer Paragraph eingefügt:

§ 22 a.

Wird nur ein Wahlvorstand zugelassen, so gelten die darin vorgeschriebenen Bewerber als gewählt. Für diesen Fall bedarf es einer Angliederung der Wahlbezirke usw. nach § 2 nicht; eine Wahlordnung nach § 23 bis 39 findet nicht statt. Der Wahlausschuss stellt das Ergebnis in einer Niederschrift fest. Die §§ 47, 48 gelten entsprechend.

Berlin, den 12. März 1921.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Braun.

Da im Wahlbezirk Wiesbaden-Land und Stadt nur ein Wahlvorstand und zwar von der Reichsbauernschaft Wiesbaden-Land u. St. abgeben worden, der vom Wahlausschuss heute zugelassen

worden ist, so findet eine Wahlhandlung am 20. März nicht statt.

Als Kammernmitglieder gelten als gewählt:

1. Erasmus Merens, Landwirt in Erbenheim.
2. Heinrich Merens, Land- und Gastwirt in Erbenheim.

Wiesbaden, den 16. März 1921.

Der Wahlkommissionar.

Nr. 189.

Die Magistrats- und Herren Bürgermeister des Kreises, die noch mit der Erledigung der Verfügung vom 2. d. Mts. 1463, betr. Vergütungsanerkennung, in Rückstand sind, werden ersucht, die Erledigung zum frühesten 24 Stunden zu bewirken.

Wiesbaden, den 15. März 1921.

A.-Nr. B. 1463.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß ich nur innerhalb der Sprechstunden von 2-3 Uhr mittags (mit Ausnahme von Mittwoch) in meinem Dienstzimmer im Landratsamt, Vossingstraße 16, zu sprechen bin.

Wiesbaden, den 14. März 1921.

Der Kreisarzt Dr. Triggas.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. März. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Reichsbauhaushaltsgesetzes. Das Gesetz wird mit den Zusatzänderungen und Entschärfungen angenommen.

Für die Schlußabstimmung bezweifelt Abg. Dr. Lepi (Komm.) die Befähigung der Reichsbauhaushaltsgesetzes. Präsident Eiche schlägt sich dem Zweifel an und bricht die Sitzung ab. Die neue Sitzung wird auf fünf Minuten später anberaumt.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsbauhaushaltsgesetzes und der Ergänzungen. In der Debatte ergeht auch Staatssekretär Müller das Wort und führt aus: Das Reichsbauhaushaltsgesetz hat die wichtigsten Bestimmungen des Reichsbauhaushaltsgesetzes durchzuführen. Wir wollen in diesem Maße das deutsche Handwerk, die deutsche Industrie und den deutschen Handel bei den Lieferungen heranführen. Freilich sind Schwierigkeiten in der letzten Zeit weniger fort angeordnet worden. Wir haben den Plan des Reichsbauhaushaltsgesetzes der Entente eingehend dargestellt. Mit unseren Vätern befinden wir uns im Einklang mit den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen, haben aber bei der französischen Regierung noch keine Gegenliebe gefunden. In der Frage der Entschärfung der Auslandsdeutschen wird neuerdings in einem rascheren Tempo gearbeitet. Der Apparat des Reichsbauhaushaltsgesetzes muß in der einen oder anderen Weise aufrecht erhalten werden. Wir haben die Hoffnung, früher oder später wieder in den Besitz von Kolonien zu gelangen, noch nicht aufgegeben. (Beifall.) Der Haushalt des Reichsbauhaushaltsgesetzes wird nach unermesslicher weiterer Debatte bewilligt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Durchführung der Art. 177 u. 178 des Vertrages von Versailles (Verbot der Selbstschußorganisationen). § 1 verbietet allen Berufen jeder Art, ihre Mitglieder im Kriegsdienst oder im Gebrauch von Waffengewalt auszubilden, oder zu üben, sowie sich mit Maßnahmen zu befassen, die auf eine Mobilisierung hinführen. § 2 verbietet es den Unterhaltungsanstalten, Unterhaltungs- und Kriegsgemeinschaften, Schützengilden, Sport- und Wandervereine, überaus Vereinigungen aller Art, sich mit militärischen Dingen zu befassen, sowie sich mit dem Reichsbauhaushaltsgesetz oder einer anderen militärischen Behörde in Verbindung zu setzen.

Reichsminister des Inneren Dr. Simons betont, daß er nur für die politische Begründung des Entwurfs verantwortlich ist, nicht für die Einzelheiten, um die er sich infolge der Londoner Verhandlungen nicht habe kümmern können. Ueber die technische Seite des Entwurfs werde deshalb der Minister des Innern sprechen müssen. Da die bisherigen Bestimmungen über die Entwaffnung nicht genügt hätten, müßte wir uns auf eine neue mit der Frage befassen, die namentlich seit den Tagen von Spa akut geworden sei. Man habe uns eine Frist für die Durchführung der Entwaffnung gesetzt. Die Folge war die Konferenz der bundesstaatlichen Minister. In London ist die Angelegenheit wegen des vorläufigen Scheiterns der Reparationsverhandlungen nicht mehr zur Sprache gekommen. Die Ansicht, als ob mit dem Scheitern der Verhandlungen auch die Forderung der Entwaffnung hinfällig geworden sei, könne die Regierung nicht teilen. Die ganze unsere Stellung nicht noch schwächer machen, als sie schon ist. Wir kennen z. B. die Schikanen, unter denen die Abtötung in Österreich erwirkt worden ist. Wir wollen, wie die polnischen Agenten arbeiten. Wir unterlassen werden uns aber strikte an die Vorschriften für die Entwaffnung halten, um keinerlei Vorwand gegen uns zu liefern. So steht es auch mit dem Friedensvertrag. Wir haben versprochen, ihn zu erfüllen. Wir werden alles tun, was wir tun können, aber auch nicht mehr. Manche Leute gehen es freilich noch nicht gut darin. Die Beschränkungen Bayerns, als ob gegen Bayern noch etwas besonders Böswartiges geplant sei, sind übertrieben. Es handelt sich nur um gewisse Maßnahmen, die notwendig werden, um verbotene Handlungen zu verhindern. Dem haben wir mit dem Gesetzentwurf Rechnung zu tragen. Die Ausführungsfrage mit dem Vereinsrecht zu

verbinden, war nicht möglich, weil das Letztere hierzu nicht ausreicht. Das Reich greift hier in die Zuständigkeit der Länder ein. Das müßte aber sein, weil das Reich die Verantwortung trägt. Wir haben getan, was wir tun konnten.

Nachdem Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) Kritik an dem Entwurf geübt hat, kommt Abg. Eder von Braun (Dnt.) zu dem Schluß, daß seine Partei das Gesetz ablehne. Es sei ein Ausnahmefall gegen Bayern.

Staatspräsident Dr. Bell unterbricht hierauf die Beratung, um die vorher ausgelegte namentliche Abstimmung über das Reichsbauhaushaltsgesetz vorzunehmen. Das Ergebnis ist folgendes: Es haben abgestimmt 301 Abgeordnete, wovon 238 mit Ja, 60 mit Nein, drei enthalten sich. Das Gesetz ist angenommen.

Die Beratung des Entwaffnungsgesetzes wird sodann wieder fortgesetzt und schließt sich an einen weiteren Ausschuss von 21 Mitgliedern verweisen.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsbauhaushaltsgesetzes des Innern, die, nachdem eine Reihe Redner sich dazu geäußert haben, auf morgen verlagert wird.

Berlin, 15. März. Von den Deutschen in Vorpommern ist eine Kundgebung eingegangen, in der sie die Ablehnung der mahlofen Entschärfungen billigen. Sie erklären, treu zur Reichsregierung zu stehen.

Die Gehehnhwürfe wegen Verletzung des künftigen Stimmrechts, wegen Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Kollisionssteuer, wegen Verletzung des Steuererlasses und der Entwurf eines Stimmrechtsgesetzes gehen an den Reichsausschuß.

Hierauf wird die Beratung des Staats des Reichsausschusses des Innern fortgesetzt. Nachdem der Redner des Reichsausschusses und der Deutschen Reichspartei Schulz den Ausschuss beauftragt, Staatssekretär Schulz den einmütigen Willen der Parteien zur Förderung der Kulturangelegenheiten und geht in längeren Ausführungen auf den Verlauf der Reichsausschußkonferenz ein. Die Schulreform müßte mit der Schulreform beginnen. Es wäre mangelhaft, wenn wir das Jugendrecht, das noch vor der Osterpause einem Ausschuss übergeben worden. Das Spielplatzgesetz liegt noch dem Finanzausschuß vor. Die Neuordnung des Schulwesens ist sehr eingehend besprochen worden.

Über sämtliche Länder im Reichsausschuß haben sich schließlich in den Frühlingsbeginn entschieden. Die Debatte tritt in ein lebhaftes Stadium als der Abg. Frölich (Komm.) die Regierung anregt, die erst den Vollen Befehl vom russischen Reich versprochen habe, um sie dann umso sicherer ausführen zu können. Die oberste Reichsbehörde glaube kein Wort mehr. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Die Zustände könnten sich erregen. (Neuer Sturm des Unwillens.) Die Reichsregierung ist gegenüber der Regierung sehr mangelhaft, sonst hätte nicht schon das auswärtige Amt in diese innere Angelegenheit eingreifen müssen. Diese Regierung ist unfähig und unmöglich. Wieder mit der Regierung! Abg. Ledebour (NSD.) verliest einen Brief, in dem er mit Entschiedenheit bedroht wurde. Die Unterführung ergab, daß innerhalb der kommunistischen Organisation eine geheime Unterorganisation (eine sogenannte „Zelle“) gebildet worden sei mit dem Zweck, unruhige Gegner zu beseitigen. (Beifall links.) Genau nach diesem Rezept sei der Abg. Haase ermordet worden. (Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Rednern der äußersten Linken rufen großes Interesse und die Abgeordneten drängen sich in großen Scharen um die Rednertribüne.) Ledebour fährt fort: Er schildert erst die Tötungsversuche und Bedrohungen seines Kollegen Dittmann in Hamburg, die alle auf das gleiche Rezept zurückzuführen seien. Die Kommunisten beabsichtigen das ganze politische Leben und machen sich zu Werkzeugen der Reaktion. Ich habe mein Leben wiederholt für die Revolution auf das Spiel gesetzt. Trotzdem verfolgen mich die Leute des Moskauer Terrorismus mit ihrem Haß. Der Abg. Dr. Lepi (Komm.) nennt Ledebour einen schamlosen Verleumder. (Große Unruhe im Hause. Pause Ruhe des Abg. Ledebour, Mord des Präsidenten.) Nach Wiedereintritt der Ruhe schließt die Debatte.

Es folgen Abstimmungen. Artikel 1 wird angenommen. Die Entschärfung der Unabhängigen auf Verlegung des Reichsbauhaushaltsgesetzes mit der kaiserlichen Regierung über die Entwaffnung: rage wird angenommen, desgleichen eine Anzahl weiterer unabhängiger Anträge, da die Linke stark bricht ist. Abg. K. A. (Dnt.) tritt für die Interessen des Reichsbauhaushaltsgesetzes ein. In Neu-Ain haben die kommunalistischen Betriebe riesige Deserte gemacht. Redner begründet eine Entschärfung, die sich gegen die Kommunalisierung wendet. Die Entschärfung wird angenommen, ebenso eine Entschärfung Schreiber (Dnt.) und Gen. wegen einer Denkschrift über den Stand der körperlichen Erziehung und die zur Förderung planmäßiger Leibesübungen getroffenen Maßnahmen. Sämtliche Kapitel und Anträge, die sich auf die Frage des Reichsbauhaushaltsgesetzes beziehen, werden mit einander verbunden. Nachdem noch eine Reihe von Rednern sich schloß, wurde in der ersten Nachstunde die Weiterberatung auf Mittwoch verlagert.

Ein „Attentat“ auf Ebert.
Amerikanische Blätter hatten in großer Aufmachung von einem Attentat auf den Reichspräsidenten am 25. Februar berichtet und den deutschen Behörden den Vorwurf gemacht, daß sie dies Ereignis gefälscht verurteilt hätten. Es sei vom Dach des gegenüberliegenden Hauses ein Schuß

Tages-Rundschau.

Ein „Attentat“ auf Ebert.

Amerikanische Blätter hatten in großer Aufmachung von einem Attentat auf den Reichspräsidenten am 25. Februar berichtet und den deutschen Behörden den Vorwurf gemacht, daß sie dies Ereignis gefälscht verurteilt hätten. Es sei vom Dach des gegenüberliegenden Hauses ein Schuß

Stück reich verkauft. Jedenfalls steht fest, daß für 1920er Weine heute kaum noch über 7000 M. geboten werden. Ob bei dieser Kauffe nicht auch eine gewisse Mäde mitspielt, darauf berechnen, dem kleinen Winger den Wein zu einem billigen Preise abzulassen, bleibt dahingestellt. Jedenfalls rechtfertigt der geplante Ausverkauf einen so starken Preisrückgang keineswegs.

Bingerbräu. Der angebliche Raubmordfall, den ein Amerikaner hier unternommen haben sollte, stieß sich als eine einfache Eifersuchtszene auf. Ein amerikanischer Feldwebel in Coblenz, der aus dem Heer ausgeschieden war, wollte sich mit einer Witwe aus Siefersheim verheiraten. Zur Bekämpfung der Heiratspapiere seiner Braut begab er sich mit der Bahn nach Bingerbräu, um von da mit seiner Braut gemeinsam nach Siefersheim weiterzufahren. Zu seinem Entsetzen sah er seine Braut mit einem anderen Mann im Wartesaal 2. Klasse sitzen — bei zärtlichen Reden und Lächeln. Der Amerikaner beehrte die Treue im Auge und sah, wie sie abends mit dem neuen Gatten aus dem Bahnhof ging und nach Siefersheim zu ihrem neuen Heim fuhr. Er folgte dem Paar und stellte sich in der Nähe auf. In der Nacht verlegte er dem Ehepaar seinen Braut, einem Kaufmann aus Siefersheim, der die Hölle während der Bahnfahrt kennen gelernt hatte, mit dem Revolver einen Schlag auf den Kopf. Die Doppelmordtat entfiel diesem bewegten Moment dem Amerikaner aus dem Kopf. Die wohlgekleidete Ehefrau und der amerikanische Verdrähter lag dort. Auf den Amerikaner stürzten sich drei Männer zu. Er ließ sich nicht durch die Schüsse erschrecken. Als sie ihn trug, folgten sie, ließ er. Die Kugel verlegte niemand und durchdrückte nur den Mantel eines Bekleidungs. Am anderen Tag wurde der Amerikaner in Coblenz verhaftet, ebenso seine Braut. Der Siefersheimer Kaufmann kam mit der Blamose davon. Die ist allerdings ziemlich groß.

Kreuznach. Als Folge der neuen Zollgrenze bietet das Ausland bereits Rotweine zu 6000 Mark das Stück an, während unsere Rotweine das 2½- und 3-fache kosten. Was das für unseren Weinhandel bedeutet, bedarf keiner Erklärung.

Sp. Bad Nauheim. Die Schneidergesellen plant hier die Wegnahme von 1000 Mark, welche aus dem Reichsverband der Schneidergesellen nach Unterzeichnung von einer größeren Geldsumme und Kiebertöffen durchgebrannt.

Bermittlichtes.

Zum Anschlag auf die Siegessäule.

Berlin. Wie die Samstagsblätter, die den Inhalt des in der Siegessäule vorgeschlagenen Sprengpatents untersuchen, mitteilen, wäre bei der Explosion nicht nur die Siegessäule vollständig in Trümmer gelegt worden, sondern auch das Bismarckdenkmal, das Kröllsche Etablissement und der auf dem Königsplatz hinausgehende Flügel des Reichstagsgebäudes wären demoliert worden. Hunderte von Menschen, die bei dem schönen Wetter um die Siegessäule herumstanden, wären ums Leben gekommen.

Die bisher im Zusammenhang mit dem Dynamitattentat auf die Siegessäule erfolgten Zeugenerhebungen ergaben keine neuen Momente. Für die Ausführung des Verbrechens und die Festnahme der Täter sind 25 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Berlin, 15. März. In einem Berliner Abendblatt werden über die Untersuchung im Anschluß an das geplante Attentat auf die Siegessäule sensationelle, aber durchaus unzutreffende Mitteilungen verbreitet. Demgegenüber erzählt das Wolffbüro aus vollständiger Quelle: Es wurde weder ein großes Komplott festgestellt, noch sind gestern im Laufe des Tages in Berlin umfangreiche Dynamitfundus gemacht worden. Im Verlaufe einer Entwaffnungsaktion wurden allerdings von der Kriminalpolizei verschiedene Lager von Waffen und auch von Sprengstoffen gefunden. Die zeitlich weit auseinander liegenden Feststellungen mit dem Anschlag auf die Siegessäule in Verbindung zu bringen, liegt keinerlei Anlaß vor. Auch von geplanten Attentaten auf einzelne prominente Persönlichkeiten ist der Kriminalpolizei nicht das Geringste bekannt. Von den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung und der verfolgten Spur kann aber im Interesse der Aufklärung des Verbrechens vorläufig noch nichts mitgeteilt werden.

Der Viehbestand des Deutschen Reiches.

Berlin. Am 1. Dezember 1920 betrug der Bestand an Rindern 3 581 350 (am 1. Dezember 1919: 3 403 234), an Schafen 16 789 844 (16 317 329), an Schweinen 1 139 299 (1 034 027), an Geflügel 14 149 462 (13 157 875), an Ziegen 4 451 483 (4 139 601), an Ferkeln 60 751 684. Bei diesen Zahlen, welche die bis zum 1. Dezember 1920 abgetrennten Gebiete bereits berücksichtigen, ist zu beachten, daß sie zwar Steigerungen gegenüber dem Vorjahr aufweisen, dagegen immer noch einen starken Rückgang gegen das letzte Friedensjahr darstellen. J. B. bei Niederelbe noch um rund 2 Millionen Stück, bei Schweinen sogar um über acht Millionen. Nur der Bestand an Schafen und Ziegen ist größer als 1913. Zu berücksichtigen ist bei den Rindern das erheblich geringere Durchschnittsgewicht.

Ohne Preise geht es nicht. Die Preisverwaltung in Meinerzhagen hat aus Ersparnisgründen beschlossen, die amtlichen Bekanntmachungen nicht mehr durch die Presse, sondern durch Anschlag zu veröffentlichen. Bei diesem Verfahren ergaben sich aber so viele Unzulänglichkeiten, daß man zu dem früheren Verfahren zurückkehren mußte.

Buntes Mierlei.

Bonn. Der Ausschuss für das große Bonner Musikfest, das als Nachfeier von Beethoven's 150. Geburtstag demnächst veranstaltet werden sollte, beschloß einstimmig, wegen der politischen Lage von der Veranstaltung abzusehen.

Sollingen. Dieser Tage ließ sich auf dem hiesigen Standesamt eine Brautpaar trauen, das ein und denselben Geburtstag in ein und demselben Jahre hat, im Geburtsregister hintereinander eingetragen ist und keine Jugendhaus an Haus verlegt hat. Nun wollen die beiden ihren Lebensweg zusammen fortsetzen.

Sp. Miesbach. Ein Giftmord? Am hiesigen Gefängnis entstellte sich ein wegen verurteilter Diebstahls verhafteter Einwohner namens Lichtberger. Seit ihm es sich heraus, daß er seinen Schwager, der um die Sache gewußt haben soll, durch Zerschlagung aus dem Leben gerufen hat, um den einzigen Zeugen des Giftmordes zu beseitigen. Der Giftmord war erst 21 Jahre alt.

Bd. Barcelona. Havas. Die Nacht „Nordstern“, die unter dem Namen „Meteor“ dem früheren deutschen Kaiser gehort hatte, hat im Hafen Anker geworfen, um zum Verkauf gestellt zu werden.

Bd. Paris. Die Nordbahn hat am Dienstag zum ersten Mal seit dem 30. Juli 1914 den Schnellzug Paris—Berlin—Warschau wieder in Betrieb gesetzt.

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Protestnote gegen die Sanktionen an den Völkerverbund.

Berlin, 15. März. Ähnlich wird der Wortlaut der Note der deutschen Regierung an den Völkerverbund gegen die Sanktionen veröffentlicht. In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß keine der in Frage kommenden Bestimmungen des Völkervertrages, auf den die Alliierten sich berufen, geistlich, deutschen Boden außerhalb des Gebietes östlich des Rheins neu zu belegen. Auch § 16 der Anlage 2 zum Teil 8 des Vertrages erlaubt nur wirtschaftliche Maßnahmen wegen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen. Auch gegen Verträge gegen die Bestimmungen über die Kriegsgefangenen oder die Entwertung ist diese Bestimmung also nicht anwendbar. Ein Verstoß gegen die Reparationsverpflichtungen liegt aber nicht vor, denn der Termin, an dem nach Art. 235 der Vertrag von 20 Milliarden Goldmark in bar oder Sachleistungen an die Alliierten abgeliefert sein soll, ist noch nicht eingetreten. Nach deutscher Schätzung erreichen überdies die Sachleistungen schon jetzt den vorgeschriebenen Betrag. Keinesfalls könnte von einer vorläufigen Vertragsverletzung die Rede sein. Die als zweite Sanktion angekündigte teilweise Beschlagnahme des Kaufpreises deutscher Waren widerspricht den ausdrücklichen Zusicherungen, die die Regierungen von Belgien, Italien und England wegen des Verzichts auf Anwendung des Paragraphen 18 gegeben haben. Die dritte Sanktion, die Einführung eines eigenen Zollregimes im Rheinland ist deshalb nicht als Strafe anwendbar, weil der Art. 270 die Zollfreiheit des Rheinlandes ausdrücklich festsetzt, die Zollfreiheit der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandsbevölkerung erforderlichen Umständen zu beachten sind. Die Note weist ferner darauf hin, daß die Alliierten beabsichtigen, mit den Zwangsmaßnahmen Deutschland hinsichtlich der Annahme ihrer Vorschläge zur Erfüllung der Reparation zu zwingen. Eine Verpflichtung zur Annahme dieser Vorschläge, die eine vom Vertrage abweichende Regelung vorsieht, besteht nicht. Das Vorgehen der Alliierten ist, wie in der Note ausgeführt wird, als eine unangehörige Störung des Friedens anzusehen. Die deutsche Regierung, welche die Völkerverbundnote nicht unterzeichnet hat, richtet daher an den Völkerverbund das Ersuchen, die obliegenden Schritte des in den Akten vorgesehenen Schlichtungsverfahrens zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewendeten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden.

Die geistliche französische Kammerführung.

Berlin, 15. März. In der gestrigen Kammerführung erklärte Briand, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärung abgeben werde, damit auch diejenigen Mitglieder zugegen sein könnten, die ausbleiben. Der Präsident der Republik auf seiner Reise begleitet. Es kamen sodann die vorliegenden Interpellationen zur Sprache. Abgeordneter Bénéfisi kritisierte die 50-prozentige Abgabe vom deutschen Export und nannte es einen unbegreiflichen Zustand, daß Italien, Belgien und Japan in dieser Beziehung nach Belieben verfahren könnten. Deutschland werde die Umstände benutzen, um seinen Handel nach Russland zu leiten. Man müsse darauf dringen, daß Deutschland mit Rohstoffen und durch seine Arbeit zahle. Ministerpräsident Briand wies darauf hin, daß Reichsminister Simon in London einen derartigen Vorschlag gemacht habe, der aber zu unbestimmt gewesen sei, als daß man über ihn mit Erfolg hätte verhandeln können. Ein Abgeordneter des Norddepartements rief daraufhin, in den verarmten Gebieten ließe man allgemein die Verwendung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau ablehnend gegenüber. Großer Lärm entstand, als der Abgeordnete Marcel Cachin erklärte, daß Deutschland heute noch nicht entlastet sei, sei die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. Im weiteren Verlauf der Debatte befragte der Sozialdemokrat Lurot die leitende internationale Solidarität. Die Kosten für das Besatzungsheer und für die Soldaten würden einen großen Teil der deutschen Einnahmen verschlingen. Schon hätten die 4½ Milliarden Papierfrancs für die Besatzungskosten seit dem Waffenstillstand einen großen Teil der deutschen Zahlungen absorbiert. Es sei deshalb zu erwägen, ob die 20 Milliarden für den Wiederaufbau und die Sanktionen nicht anderweitig aufgebracht werden könnten. Man müsse ein internationales Wiederaufbauangebot machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und Arbeiter beteiligt sein müßten. Die Finanzierung dieses Unternehmens müsse durch eine internationale Anleihe unter Beteiligung Amerikas erfolgen. Ministerpräsident Briand gab durch Zwischensprüche mehrfach zu erkennen, daß er im einzelnen sowohl auf die Frage des Fortbestandes des Pariser Abkommens, wie auch auf die Verwendung der Einnahmen aus dem deutschen Export zu rückkommen werde. Die Debatte wurde auf heute mittag vertagt.

Bd. Berlin, 16. März. Laut Statistik des Amtsbüros der Eisenbahndirektion Erfurt sind im letzten Viertel im Jahre 1920 11 956 Diebstahls festgelegt worden. Von den Tätern, den Dieben und Helfern, sind 895 Personen ermittelt worden, und zwar 106 Beamte, 360 Arbeiter und 429 Privatpersonen.

Letzte Nachrichten.

Bd. Wien, 16. März. Gestern nachmittag trafen in zwei Sonderzügen etwa 1400 heimatslose Oberösterreicher aus Österreich und Ungarn die Fahrt ins Abstellgleis an.

Bd. Paris, 16. März. Nach einer Havas-Meldung aus Vignion sagte der Präsident der Republik, Millerand, bei einem Empfang der Bürgermeister der Departements in Erwiderung auf eine Ansprache der Prefekten: Sie haben mit Recht gesagt, daß in Lieberstadt mit unseren Alliierten alles gelungen ist, um den Vertrag von Versailles zu verwirklichen und die Deutschland zu Recht unterworfen und von ihm anerkannten Verpflichtungen in gehöriger Weise durchzuführen. Wir können nicht vergessen, daß zehn unserer Departements in furchtbare Weise infamistisch zerstört worden sind und daß ihre Industrie weniger aus Kriegsnotwendigkeit als um für die Zukunft eine gefährliche Konkurrenz zu vermeiden, zerstört worden sind. Das sind Tatsachen, die entsprechende Reparationen erfordern und erhalten werden.

Der gute Kamerad.

Original-Roman von Pola Sela.

(Schluß.)

Sie konnte ihn, sie mußte, wenn er so sprach, war es mühsam, weiter in ihn zu dringen. Aber sie fragte dennoch:

Du hast mit Jost gesprochen?

Ja!

Und Du willst mir nicht sagen, was?

Nein! Ich will, daß Du, ich will, daß Du nicht sagst!

Sie sah ein böses Leuchten in seinen Augen, ein gefährliches Glänzen, das sie erschauern ließ.

Und sie wagte nicht weiter zu fragen.

Die Blase, die zur Abendstunde rief, ertönte in diesem Augenblick.

Kommst Du mit in den Speiseaal, Alia?

Sie schüttelte den Kopf.

So werde ich auftrag geben, daß man Dir das Glas auf Dein Zimmer bringe.

Er bemühte sich, ruhig zu erscheinen, aber sie bemerkte doch, daß alles in ihm in Aufruhr war, in einer furchtbaren Erregung.

Sie ließ die Speisen unberührt, die ein Kellner ihr brachte, nur Alia gab sie etwas von den Platten.

Und nun, da sie wieder allein lag, unruhig und unwillig, was zwischen den beiden Männern gesprochen war, überlegte sie plötzlich die Schicksale nach Jost.

Sie hatte ihm vierundzwanzig Stunden nicht mehr gesehen. Sie wollte ihn suchen, ihn fragen, ruhig werden in seiner starken und schmerzlichen Nähe.

Sie verließ das Zimmer, der Hund folgte ihr. Die Gäste saßen noch bei der Abendstunde, aus dem Speiseaal drang lautes Stimmengewirr, Lachen, Stillsitzen an ihr Ohr.

Jost war unwillig unter den fremden Menschen. Das wußte sie. Sie ging in den Garten.

Da kam er ihr entgegen. Bleich und ernst, aber in seinen dunklen Augen leuchtete es auf, als er sie wieder sah.

Freia sprach ihrem Herrn entgegen, er streckte ihm die Hand. Dann hielt er Alia's Hände, die ihn umschloß.

Ich wußte, daß Du kommen müßtest, Alia. Wie habe ich mich nach Deinem Anblick gefühlt.

Er umschloß ihre Gestalt mit langen, lieblichen Händen.

Komm, hat sie still.

Sie gingen denselben Weg, den sie die Tage vorher gegangen, den Berg empor. Wieder haben sie das Glänzen der Gletscher, das Gipfel zu Gipfel breitete sich der flammende Schein. Sie blieben stehen und genossen das Schauspiel, aber ihre Seelen nahmen es nicht auf. Sie waren weitab von dem, was ihre Augen sahen, befestigt nur mit dem eigenen Leid, dem eigenen Schicksal.

Dann bogen sie ab, betraten den Rindenschwanz, gingen unter den dunklen Bäumen dahin. Hier war es, daß Jost die Geliebte in seine Arme zog, daß er ihren bebenden Mund küßte.

Mein armes Lieb, nun erlöschere Dein Herz.

Sie erzählte ihm alles. Die große Ausrede mit ihrem Verlobten und seinen unerschütterlichen Entschloß, sie niemals in Eile freizugeben.

Jost nicht schwermütig. In Eile ist nichts von ihm zu erreichen, ich weiß es. Aber sei ganz ruhig, mein Lieb, wir beide gehören zusammen, heute und in Zukunft, wir werden Mittel und Wege finden, die zu unserem Glück führen.

Du hast ja auch inzwischen mit Alfred gesprochen, Jost. Sage mir, was?

Er hat mir das gleiche gesagt wie Dir, Alia. Und daß ich ihm meinen ganzen Haß, meine ganze Verachtung meines erbärmlichen Tuns, seiner gemeinen Lüge ins Gesicht schrie, das ist so selbstverständlich!

Jost und dann?

Was sollte dann sein?

Er hat sich das doch nicht ruhig sagen lassen, Jost! Du sagst mir nicht alles!

Sie blieb stehen, umschloß ihn plötzlich und starrte ihn forschend ins Gesicht. Und so nun in seinen geliebten Augen das seltsame gefährliche Leuchten, das sie in Alfred's Augen erblickt.

Da kam ihr plötzlich die Ahnung dessen, was zwischen den Männern geschehen würde.

Jost, schrie sie auf, sage mir die Wahrheit! Ich muß sie wissen!

Kind, es ist nichts weiter zu sagen. Seine Stimme klang zärtlich und beruhigend, aber Alia glaubte ihm nicht.

Es ist zu Verbindungen zwischen euch gekommen, Du hast Alfred beleidigt, Jost!

Der Beleidiger war er!

Heute?

Rein einst!

Und nun willst Du Genugtuung für das, was einst geschehen? Du schwiegst! Jost, Du hast ihn gefordert!

Sie schrie auf in Qual und Angst. Ihr werdet euch schlagen, Jost, ist es wahr? Ist es wirklich wahr?

Wieder nahm er sie in die Arme. Und wenn es so wäre, mein Lieb?

Das darf nicht sein. Das, was er einst getan, ist ja nur Vorwand. Um mich, um mich wolle ich euch schlagen! Ich bin die Ursache, daß Jost sterben soll.

Sie war aufgelöst vor Angst und Grauen. Das darf nicht sein!

Kind, sag mir, bedenke doch alles. Es gab und es gibt keinen anderen Weg. Das wußte ich gestern und vorgestern schon. Das wußte ich, nachdem wir uns ausgesprochen. Glaube mir, Alia, dieses Duell ist eine Notwendigkeit!

Das wußtest Du? Das wolltest Du? Und Du darfst nicht denken, mit keinem Gedanken! Ich habe Dir gesagt, so zuversichtlich in diesen Tagen!

Ja, weil die Lösung mir einfach erschien und klar. Und weil ich an mein Recht und mein gutes Glück glaubte! Darum, meine liebe Alia, konnte ich ruhig sein. Ich bin der Beleidigte, ich habe Alfred gefordert.

Sie starrte erschauernd: Wann wird es sein?

Morgen schon?

Sei ganz ruhig. Nicht morgen und nicht übermorgen. Noch ist nichts festgelegt.

Sie klammerte sich an ihn. Du sagst mir nicht die Wahrheit. Es ist schon morgen!

Alia, ich schwöre es Dir, ich gebe Dir mein heiliges Wort, daß wir uns morgen nicht schlagen werden.

Sie atmete auf, wurde ein wenig ruhiger. So war eine Frist gewonnen, eine kurze Atempause.

Ich wußte es Dir nicht sagen, murmelte er und streichelte ihr Haar. Du solltest es nicht wissen. Nun aber hast Du es erraten und erfragt. Nun sei mutig und stark, meine Alia!

Ich kann es nicht! Mir erscheint das alles so barbarisch, so unmöglich für uns moderne Menschen. Zwei Tiere kämpfen um ein Weibchen und dem Stärkeren wird der Feind. Und so soll es auch hier sein, zwischen aufgefärbten und gelblich hochstehenden Menschen. Es ist schrecklich, grauhaft! Und nicht

einmal der persönliche Mut entscheidet hier, irgend ein blöder Zufall kann unser aller Schicksal lenken!

Er hatte den Kopf geschüttelt zu ihren Worten.

Alia, so sprich! Dein Frauenempfinden. Für uns Männer gibt es nur einen einzigen Weg. Er erscheint uns recht und natürlich.

Und wenn ich Dich ansehe, Jost, bei meiner Liebe beschwöre, abzuweichen von diesem Duell? Wenn ich Dich mit aller Kraft darum bitte! Jost, sag ab von diesem Schrecklichen! Tue es mir nicht an!

Sein Gesicht war sehr ernst geworden bei ihren Worten. Nun fiel er ihr in die Rede.

Alia! Mein Wort weiter! Nichts mehr davon! Es gibt nur einen einzigen Weg. Und — glaube mir — er wird zu unserem Glück führen.

Niemals, murmelte sie, nie! Nie kann ich ruhig werden, nachdem das Geschehen ist.

Du mußt nicht gleich das Schlimmste denken, Dir nicht das Furchtbare ausmalen, sag mir, er beruhigend. Es gibt auch leichte Bewandlungen, hundert Möglichkeiten gibt es. Ich will nicht Alfreds Tod, ich will nur meine verletzte Ehre reinwaschen und Deine Freiheit gewinnen.

Aber wenn er Dein Leben nun will? Jost, er wird es wollen! Ich weiß es, ich fühle es!

Er lagte ruhig und zuversichtlich: Ich habe den ersten Schritt. Der wird entscheiden.

Aber seine Zuversicht teilte sich ihr nicht mit. Er führte sie den Berg zurück und er lächelte, wie alle Worte, die er nun nach zu ihr sprach, abprallten an ihrer Angst und an ihrer müden Verzweiflung.

Sie war am Ende ihrer Kraft. Sie hatte keinen Mut mehr und keinen Glauben.

Eine Straße vor dem Hotel trennten sie sich. Sie sahen sich in die Augen, tief und lange, sie drückten sich die Hand.

Auf morgen denn, Alia. Morgen wirst Du alles in anderem Lichte sehen. Morgen sprechen wir weiter. Gute Nacht, mein Lieb. Und versuche zu ruhen, zu schlafen. Glaube mir, Alia, glaube mir doch: alles wird gut, wir werden glücklich sein.

Sie antwortete ihm nicht, sie umfing ihn mit einem letzten sehnsüchtigen Blick.

Dann ging sie schnell und ohne sich umzuwenden von ihm.

8.

Es war die dritte Nacht, die Alia durchwachte. Und es war die Schrecklichste von allen.

Denn in dieser Nacht rang sie um einen Entschluß, um eine Tat, die sie tun konnte, und die es verhindern sollte, daß Menschenblut vergossen wurde — für sie, um sie.

Vom Glück, von der gemeinsamen Zukunft hatte Jost gesprochen. Sie lächelte weh und still. Wie konnte es für sie eine Zukunft geben an seiner Seite, wenn das Schreckliche geschehen, wenn Alfred gefallen war?

Niemals würde sie wieder ruhig werden dann, niemals glücklich sein können in Jost's Nähe.

Alfred hatte sie durch eine Wunde einst zur Braut gewonnen und sie hatte ihn nie geliebt. Und dennoch, dennoch... Er war gut gegen sie gewesen, hatte ihr alle Liebe seines Herzens gegeben, und wenn sie nicht glücklich geworden war, so war es nicht seine Schuld.

Sie wollte von ihm, sie grüßte ihm, sie wußte, daß sie nie mit ihm leben konnte — aber sein Blut — nein — nein — um Himmels willen, das wollte sie nicht.

Und wenn es anders kam. Wenn — Jost fiel?

Der Herzschock sollte aus dem Leben gehen.

Jost selbst rechnete nicht mit dieser Möglichkeit. Oder hatte er nur so zuversichtlich gesprochen, um sie sicher zu machen, um sie zu beruhigen? Wie leicht!

Jost konnte fallen. Und dann war sie selbst für ewig vernichtet. Sie fühlte in dieser Stunde klar, daß sie eine Zukunft ohne ihn nun nicht mehr ertrug.

Sie dachte an ihr Leben zurück. Saunter hatte sie ihn geliebt. Und nun, da ihr die Erfüllung ihres Lebens hätte werden können durch seine Liebe, nun sollte das Schicksal sich zwischen sie und ihn, hart, unerbittlich, stellen, wie es immer gewesen war.

Da marmurten sie damals aneinander vorbeigegangen, als sie noch die Möglichkeit hatten, glücklich zu werden ohne Verbrechen und ohne Schuld?

Denn — mochte Jost es tausendmal anders sehen — es war und blieb ein Verbrechen, Menschenblut zu vergießen! Und das wollte er tun!

Als zwei Todfeinde würden die Männer sich gegenüberstehen, die so lange Freunde gewesen, erfüllt nur von dem einen Gedanken: das Blut des anderen fließen zu sehen, sein Leben auszulöschen, sein Dasein zu vernichten!

O, du mein Gott, mein Gott, zeige mir einen Weg, den ich gehen kann! Zeige mir einen Ausweg! Ich will die Möglichkeit, zu sterben, daß dies Verbrechen geschehen!

Und dann, nachdem sie gegrübelt und gedacht, nachdem sie gebeutelt und gerungen, in Verzweiflung niedergebroschen war und in Verzweiflung sich wieder ausgerichtet hatte, kam ihr ein Gedanke, an den sie sich klammerte.

Sie mochte ihn sich aus. Sie beugte vor ihm zurück. Sie rang mit ihm, sie kämpfte, sie litt. Rein, sie wollte nicht, konnte nicht.

Aber — war dies nicht die eine, die einzige Möglichkeit, um das Duell zu verhindern? War dies nicht der einzige Weg, den sie gehen konnte, die einzige Tat, die ihr zu tun blieb? Hierfür reichten ihre schwachen Frauenkräfte ja aus.

Und dann — ihr Leben war verpfändet — so oder so! Für sie gab es keine Zukunft mehr, wenn das Entschlossene geschehen war. Denn nie würde sie den Tod eines der beiden Männer verwinden, nie, nie.

Heber ihrer Reife aber würden die Zwei sich die Hände reichen in Verhängung, an ihrem Lebendigt würde der Dreck verfließen. Was die Toten nicht vermochte, das konnte die Tote vollbringen.

Aber — fürchte sie diese beiden Menschen, denen sie doch helfen wollte, nicht in ein Meer von Verzweiflung, wenn sie ihre Tat vollbrachte? Und würde Gott ihr verzeihen?

Sie dachte, sie grubelte — ja — so, so würde es gehen. Dann würden sie beide denken, sie sei einem Unglück zum Opfer gefallen. Es war ja so leicht, das zu denken, lag so nahe. In ihrer Angst würde sie hineingeraten sein in den Wald, in ihrer Verzweiflung nicht auf den Weg gerichtet haben — ein Unfall geschah oft hier im Hochgebirge.

Sie wurden traurig sein, sie würden sie beweinen, gewiß. Aber — würden sie ihren Tod nicht verwinden? Verwinden Männer nicht immer? Starb ein Mann jemals schon an gebrochenem Herzen?

Sie würde nicht verwinden, sie würde zugrunde gehen, auch wenn sie diesen Weg nicht ging. Doch — sie wollte ihn gehen, um das Verbrechen des Zweifels zu verhehlen.

Aber — war es nicht auch ein Verbrechen, was sie begehen wollte? Eine schwere Sünde auch das? Sie schauderte.

Als die Dämmerung sich über die Erde breitet, als ein mattsauer Schweiß den Himmel erglänzt, da verließ Alia das Haus. Sie hatte Freia

